

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleihungen nehmen die Auswirkungen und die Auswirkungen der Verleihungen auf.

— Erholung wertigste.

Stimmen — Anfang Nr. 88.

Telegramme: Tageblatt "Auerzg".

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Rechte: Die Rechte des Auerzg. werden für Ausgaben aus dem Jahr 1923 umgangen 20 Goldmark, ausserwirtschaftliche Ausgaben 20 Goldmark, nationale Ausgaben 20 Goldmark, amtl. Seite 20 Goldmark.

Nr. 8

Donnerstag, den 10. Januar 1924

19. Jahrgang

Die ersten Aufgaben des Reiches.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur der Braunschweiger Staatszeitung bezüglich Reichsanziger Dr. Marx als die zwei wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung die Sorge um Rhein und Ruhr und die Sorge um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes. Die Regierung will mit allen Mitteln zu erreichen, daß unser Volk ohne schwere Schädigungen durch diesen Winter komme. Erstaunlicherweise habe diese Kenntnis zugemessen, daß es gilt, Opfer zu bringen, nachdem die deutsche Wirtschaft von dem vollen Sturm in den Abgrund beworfen worden sei. Dem kleinen Kreise von Schlemmern, der durch sein Treiben die Achtung zunächst zu machen drohte, die das deutsche Volk sich in der Welt zu erobern beginne, werde die Regierung energetisch zu Leibe gehen. Rhein und Ruhr und Reparationsfrage seien nach Wiedereröffnung des deutschen Wirtschaftslebens die Hauptprobleme des deutschen Volkes, gegenüber denen alle anderen Fragen in den Hintergrund treten müßten.

Die Umgestaltung der Weimarer Verfassung und die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei eine weitere Aufgabe der Regierung, wobei als dringendste Frage eine Neuregelung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Ländern in Frage komme. Der Finanzminister des Reiches habe bereits mit den Ländern darüber gesprochen. Eine Prüfung der weiteren innerdeutschen Finanzpolitischen Probleme werde erforderlichstens un schwer folgen können, wobei die Aufrechterhaltung der Einheit der Nation als unser höchstes Gut nicht vergessen werden dürfe.

Bürgerkriegsheze der Kommunisten.

In Bernburg kam es zu Arbeitslosendemonstrationen vor dem Rathaus, die vom Polizei gestreut wurden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die sozialdemokratische "Volkswoche" in Bernburg ist in der Lage den neuesten Befehl des leitenden Direktors des RVD, der an alle bisherigen Unterbezirke gelangt ist, mitzuteilen. Der Befehl läuft darauf hin aus unter allen Umständen den Bürgerkrieg in Deutschland zu entfechten. Das Blatt teilt daraus folgende Punkte mit:

Der Partei muß auf die Straße geführt werden. Die Mitglieder müssen sich in jede Versammlung, selbst in die kleinste, mischen und dort eine der kommunistischen Zache entsprechende Agitation führen. Niemals müssen durch besondere Gruppen bis zu 100 Mann Versammlungen organisiert, Plakataktionen, Sicherstellen und Infektionen und dadurch Zeugtage angezogen werden. Arbeitslosenverbände müssen geschaffen werden. Hierzu müssen Delegationen geschickt werden (Richtungsstellen, Reichstag), die bestimmte konkrete Anforderungen vorzubringen haben.

Strahendemonstrationen sind zu organisieren, die von bewaffneten kommunistischen Abteilungen zu schüren sind. Die kommunistische Partei muss die Straße beherrschen. Bei allen Agitationen auf der Straße muss sie die führende Rolle spielen. Nicht durch Streiks und Proteste kommt man bei der heutigen Wirtschaftslage zum Bürgerkrieg, sondern nur durch Demonstrationen wird dieses Ziel erreicht.

Syndikalisten legen Arbeitsschläge aus den Betrieben. In der Krefelder Zeitung ist es möglich zu Arbeitseinstellungen gekommen. Nach einer Meldung der "Krefelder Zeitung" haben Syndikalisten, die aus Hochmerk gekommen waren, die Arbeiter unter Drohungen veranlassen, die Arbeit einzustellen und die Fabriken zu verlassen und die Krefelder Baumwollspinnerei stillgelegt. Auch in Krefeld nimmt der Streik an Ausdehnung zu.

Ergebnis der Auseinandersetzung der Arbeiter in der Krefelder Kaliindustrie sind dort gewisse Unruhen ausgebrochen. Arbeitsschläge und die Technische Not hilfe wurden an der Arbeit gehindert. Im Verlaufe der Unruhen wurde ein Vandal von Kuhställern entwaffnet. Daraus wurde eine Abteilung Feuerwehr nach Krefeld entflogen, die durch Schutz- und Bandenpolizei abgeführt werden soll. Nach den letzten Meldungen soll Verhinderung eintreten sein.

Erhöhte Kohlenförderung.

Auch in der vergangenen Woche hat sich die Rohstoffförderung auf den Böchen im Gelsenkirchener Bezirk wesentlich erhöht. Erst vor wenigen Tagen an Wagnis und der Transportchwierigkeiten eingeleiteten Tiefenrichtungen auf einer Reihe von Böchen betrug die Förderung am 31. Dezember noch 1816 Tonnen. Sie stieg in den ersten vier Werktagen des neuen Jahres auf 21318 Tonnen arbeitsfähig. Im gleichen Zeitraum betrug die Herstellung von Kohle 1186 Tonnen am

31. Dezember und stieg auf 1249 Tonnen am 3. Januar. Heute konnte eine weitere Einstellung von Arbeitslosen in dieser Förderbetriebe auf den Böchen nicht erfolgen. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt nach wie vor 62192, während die Zahl der beschäftigten Bergleute 28483 beträgt.

Anerkennung der Pfälzer Separatisten durch die Rheinlandkommission.

Oberstleutnant Detort, der französische Vertreterdelegierte von Zweibrücken, hatte bekanntlich den deutschen Behörden in Zweibrücken mitgeteilt, daß nicht die autonome Regierung, sondern allein die deutschen Behörden für den Bezirk zuständig seien. Nunmehr hat er in den offiziellen Blättern in großer Ausmachung die Veröffentlichung folgender Verkündigung veranlaßt:

"Nachdem die interalliierte Rheinlandkommission die Verordnungen der 'Regierung der autonomen Pfalz' die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet wurde, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. Januar 1924 an die dortigen bairischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden."

Das bedeutet die faktische Anerkennung der autonomen Regierung durch die Rheinlandkommission. An den Tatsachen und an der Rechtslage ändert diese "Anerkennung" zwar nichts. Sie ändert auch nichts an der tatsächlichen Macht der Separatisten, die seit je durch General Meiss geschoben werden. Es hat sich nur wieder gezeigt, daß die Rheinlandkommission ein rein französisches Instrument ist, und es solange bleiben wird, als England und Italien durch wohlwollende Abwesenheit die französische Militärdiktatur unterstützen.

Eine Zentrumsinterpellation über die Zustände in der Pfalz.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums wird über die Vorgänge in der Pfalz an die Reichsregierung eine Interpellation richten, in der es heißt: Die in der bairischen Rheinpfalz durch die Separatistenbewegung geschaffenen Zustände drohen mit Gewalt zur Katastrophen. Fast 700 000 freudeutsche Pfälzer werden von einer Hand verträgerischen Gefolgs in brutaler Weise gequält, was nur dadurch möglich ist, daß die französische Besatzung dieses schändlichen Treiben in kaum verhältnis Offenheit überläßt. Dazu steigern die Besatzungsbehörden die Leiden und das Elend in der Pfalz durch immer neue rücksichtlose Forderungen. So wird neuerdings von der interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz auf Verlangen der französischen Regierung bis zum 15. Januar 1924 im Sinne einer Ausbeutung der Pfälzer ein Holzlieg von 600 000 Kubikmeter verlangt im besetzten Gebiete verlangt, wovon auf den Pfälzer Wald allein zwei Drittel dieser Menge fallen. Welche verheerende Wirkung solche Waldbewirtschaftung auf die Fruchtbarkeit und Wasserversorgung des ohnehin wasserarmen Pfälzer Landes ausübt, ist jedermann klar. Sind der Reichsregierung diese furchterlichen Zustände in der Pfalz bekannt? Ist sich die Reichsregierung der daraus erwachsenden Gefahren für das Deutschland im Steile bewußt? Was gedenkt die Reichsregierung im Benehmen mit der bairischen Landesregierung zu tun, um wieder geordnete Verhältnisse und den Schutz der Menschenrechte in der Pfalz herzuführen?

London fordert Auklärung über Frankreichs Separatistenpolitik.

Das berichtet aus London, Informationen aus guter Quelle zu folge habe die englische Regierung bei der französischen Regierung mehrere Schritte unternommen um Erklärungen über die Haltung Frankreichs gegenüber den Separatisten in der Pfalz zu erlangen. Diese Schritte sollen von dem englischen Botschafter in Paris und dem englischen Oberkommissar in den Rheinlanden unternommen werden sein.

Gereizte Sprache des Temps gegen England.

Der "Temps" meldete, daß die englische Unfrage an die "Verbündeten" Frankreichs, welche Rüstungsaufträge für die französischen Verbündeten gegeben seien, außer in Belgrad auch in Warschau, Brüssel und Warschau überreicht wurde. Der "Temps" nennt den englischen Schritt unverständlich und weist darauf hin, daß Frankreich ein souveräner Großstaat sei, dessen Verbindlichkeiten zu seinen "Verbündeten und Freunden" nicht der englischen Kontrolle unterliegen. Der "Temps" bringt in Verbindung hiermit die von England seit Dezember betriebene verzerrte Fortifikation der Küste von Dover und fragt, genau wen die englischen Rüstungen gerichtet seien.

Französische Militärkontrolle über die Kleine Entente

Das britische Kriegsamt hat erfahren, daß der französisch-tschecho-slowakische Vertrag, obwohl er keine gemeinsamen militärischen Klauseln enthält, dennoch den Einfluß des französischen Generalsekretärs über die kleinen Entente wesentlich verstärkt und dadurch Frankreich befähigt, seine eigene Armee um zumindest ein Drittel zu verringern. Durch eine Reihe von Verträgen übernimmt der französische Generalsekretär die Kontrolle aller Armeen der kleinen Entente und diese würden daher, wenn von Österreich und Italien Verstärkungen drohen, Frankreich zur Verfügung stehen. Frankreich hat sich dagegen verpflichtet, die kleine Entente zu unterstützen. Ein gemeinsamer Generalstab für die kleinen Entente wird unter französischer Kontrolle von Paris aus seine Tätigkeit ausüben. Es ist in London ferner bekannt, daß, obwohl Frankreich 42 Bataillone aufgelöst hat, die Offiziere dieser Bataillone anderer Regimenter zugeführt wurden und daß die Tanks, Artillerie, die Fliegwaffe sowie die technischen Abteilungen nicht vermindert werden.

Frankreich erweitert die Auflösse.

Wie das Pariser "Echo" meldet, sind für die Wintersaison bis Ende 1924 insgesamt 124 neue Geschütze in Bau gegeben worden. In Ville und Calais werden am 1. April neue Flughäfen errichtet.

Der Frankensturz.

In Paris sind seit 1. Januar alle Preise für die notwendigsten Lebensmittel um 80 bis 100 Prozent bis 120 Prozent gestiegen. Am Dienstag hat in Paris die Goldparität auf 20,80, die Pfundparität auf 88,50 angestiegen. Am Freitag wurden Säge zwischen 21 und 22,5 pro Dollar und 80 pro englisches Pfund benannt.

Mit die Angriffe des französischen Finanzministers erklärte Dr. Luther: Die angebliche Versammlung deutscher Bankiers in Frankfurt, die beschlossen haben, den Franken zu stützen, habe nie stattgefunden. Stattdessen würde die wirtschaftliche Lage Deutschlands einen Einfluß auf den Frankensturz gar nicht ermöglichen. Wenngleich der Behauptung, Deutschland habe keine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt, bewies der Minister auf das Urteil des amerikanischen Institutes of Economics, wonach Deutschland bereits mehr als 25 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Die wirkliche Ursache des Frankensturzes sei lediglich die wachsende Übereinstimmung der politischen Interessenten aller Länder gegen die Militärpolitik Frankreichs, wie sie aus der Tatsache hervorgehe, daß Frankreich an die kleine Entente eine Anleihe von 800 Millionen Franken für Nutzungszwecke gegeben habe. Der wirtschaftliche Hauptsgrund für den Rückgang des Franken ist die Wiederaufnahme der an Rhein und Ruhr betriebenen verschleierten Kriegsfinanzpolitik. Solange diese Politik andauert, werde der Sturz des Franken nicht aufzuhalten sein.

Weglebureauauktismus —

das Unglück des Ruhrgebiets.

Die Basler "Nationalzeitung" berichtet aus dem Ruhrgebiet über die unerholteten Zustände, die durch die französische Regie in dem dortigen Verkehrsweisen eingeschlagen sind. Nach Widerlegung französischer Beschönigungsversuche heißt es in dem Artikel u. a.: Die wirklichen Ursachen dieses Versagens liegen ganz einfach in der Regie selbst. Zur Sachkenntnis kommt der Bürokratismus. Deutsche Beamte, die in Jahrzehnten Arbeit geradezu Spezialisten dieses komplizierten Betriebes geworden sind, müssen oft Stundenlang warten, bis ihr Chef ihnen den Befehl gibt, von dem, was sie für richtig halten, das — Gegenteil zu tun. Genau so überzeugen sich Bürokratismus und Sachkenntnis bis in die obersten Verwaltungsinstitutionen der Regie fort. Die örtlichen Stellen haben nicht etwa die Befugnisse und Vollmachten, wie sie in der deutschen Verwaltung üblich sind: alles wird von der obersten Behörde in Mainz verfügt. Bereits drei Gesellschaften haben an der Regie Weile gemacht während eine vierte nur durch das Versprechen Böncares gehalten werden soll, daß die Verwaltungskosten der Regie zu den Befreiungskosten zu rechnen und daher von der Reichsregierung zu erledigen seien. Es ist durchgesickert, daß die Einnahmen der Regie nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gebildet sind. Wenn im Ruhrgebiet wieder erträgliche Ausstände kommen sollen, muß die Regierung des Verkehrsweises wieder in deutsche Hände gelegt werden.

Rückläufe zum Düsseldorf Schubprojekt.

Gegen eine Reihe von Beamten, die im Düsseldorf Schubprojekt verurteilt worden sind, verfolgte die französische

er die Gründung ist ohne weit über das en worden ist, diese Verantwortlichkeit schulpolitik, die Kultusminister naminister Dr. Pfanges, den gesprochen: esoldunzöderf olkschullehrer che Reichsauktionen, sodass Mittwochen noch nicht erneute gemacht der Eisenbahn, Besoldung von höherbesoldung Grunde ent zu dem vor noch der mitionen en Belastende die Erwerbs etwa 1 Milliarden sächselber ergie von 220 mtsbedarf im das fehlende Volksschule, die zungen. Die decken, ohne Minister im itklassen leer, aben Steuern e Dr. Reinh e, die zwar provisorisch er aber sei, bar. Weiter stellt werden Aktiengesell iden und von Sachsen, alles unterladen könne. mal in eine angelegte sein handelt wär der Summe Stieberherstell Moment sehr rung auf die en auch aus Die Frage reiches.

präsidenten Hellisch auseinander, als er im Chemnitz am Dienstag im Adlersaal seinen sozialistischen Parteivertrag erstatten wollte. Die Kommunisten, mit denen Chemnitzer Radikalsozialisten so unentwegt Hand in gehalten, marschierten als Hundertshaufen nach dem Versammlungslokal wo sie Herrn Hellisch eine wütste Mahnwache brachten. Die radikale Chemnitzer Volksstimme, das das immer laut nach der kommunistisch-sozialistischen Schreit, hat den Schmerz, folgendes berichten zu müssen: unerhörter Vorgang spielte sich in der Versammlung "Adler" ab, wo Genosse Hellisch sprach. Hellisch war im Referat, als plötzlich ein kommunistischer Stoßtrupp 200 jungen Leuten in den Saal hereindrang und durch Türen und Trillerpfeifen eine geordnete Fortführung der Versammlung unmöglich machte. Genosse Hellisch musste sofort abbrechen und die Versammlung musste schon wieder geschlossen werden. Ein Versuch, die Versammlung kommunistische Kundgebung fortzuführen, wurde durch zwischen erschienenes Polizei unterbunden. Die Kommunisten hatten ihr Ziel erreicht: die Arbeiter standen in einen Gruppen einander gegenüber, und eine sachliche Sprache war unmöglich geworden. Das System in der Tag, konnte man schon vor Beginn der Versammlung, wo einzelne Gruppen wie auf Kommando bestimmt austreten.

Ausslösung des Landeslohnenamtes.

Durch den

der behördlichen Kohlenverteilung haben sich die Geschäfte des Landeslohnenamtes für den Freistaat Sachsen erlebt. Folgedessen ist das Landeslohnenamt aufgelöst worden. Gouverneur in Kohlengesellschaften sind künftig am Arbeitsministerium (Geschäftsstelle A) zu richten.

Einheitliche Regelung des Preisabbaues.

Nach

örtlichen Behörden in den letzten Wochen vor allem Lebensmittelmarkt einen Abbau der Handels- und Verbraucherpreise vorgenommen haben, deren Ausmaß sehr verfestigt, soll jetzt dazu übergegangen werden, Reichsrat zu schaffen. Im Reichswirtschaftsministerium unter Hinzuziehung der Wucherbehörden sowie der Prüfungsstellen Besprechungen mit den Vertretern des Handels stattgefunden, in den Grundlagen für die Fixierung von Verbrauchspreisen des Großhandels und der Kleinstbetreibenden gesucht wurden. Die Besprechungen werden mit Vertretern anderer Gewerbe fortgesetzt werden, um Möglichkeit einer einheitlichen Regelung des Preisabbaus zu können.

Der Reichsindeks.

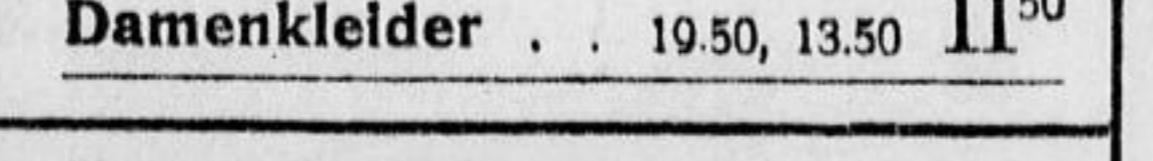
Die Reichsindeks für die

haltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Betrieb und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Reichsamtes für Montag, den 7. Januar 1,12 Billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Dezember (1,147 Billionen) ist demnach eine Abnahme Prozent zu verzeichnen. — Die auf den Stichtag dennoch errechnete Großhandelsindex des Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stand vom Januar (122,4) einen Rückgang um 2,2 auf 119,7 Pro-

Arbeitsmarktbericht.

Der sächsische Arbeitsmarkt

der ersten Woche des neuen Jahres in fast allen Bereichen eine Verschlechterung erfahren, sodass die Zahl der Arbeitslosen übermäßig nicht unbeträchtlich gestiegen ist berücksichtigt werden muss, dass außer den Kurzarbeiten im Dezember 1923 bei 69 öffentlichen Arbeitsämtern Sachsen bereits 273 007 Vollerwerbslose vorhanden während am 18. November 1923 bei 75 öffentlichen nachgewiesen noch 243 529 und am 19. Dezember 1923 bei 86 871 Vollerwerbslose gezählt wurden. In dieser Berichtswoche haben die Zigarettenindustrie sowie die von Reichsbehörden u



Damenmäntel, uni Flausch, Riegelanform 15⁰⁰

Damenmäntel, modefarbig Flausch, Schlüpferform 19⁰⁰

Astrachanmäntel, ganz auf Zanella gefüttert 49⁰⁰

Kostümrocke 8.50, 6.50, 4⁵⁰

Damenkleider 19.50, 13.50 11⁵⁰

Burschenanzüge, einreihig, aus haltbaren Forsterstoffen 25⁰⁰

Herrenhosen aus braunen und oliv gemusterten Strapazierstoffen 5²⁵

Knabensportshosen aus hellen gemusterten Stoffen 4⁷⁵

Herrenhosen, gestreift Pilot, besonders preiswert 7⁵⁰

Knabenschulanzüge für das Alter von 6—9 Jahren 8⁰⁰

Damenhemden, Hemdentuch, mit Hohlsaum 2⁴⁵

Damenkleinkleider 1⁹⁵

Hemdentuch, mit Hohlsaum 1⁹⁵

Wienerformschürzen gestreift Water, mit Paspel 2²⁵

Damenstrümpfe, schwarz 48 Pfg.

Damenstrümpfe, schwarz, Seidengriff 1¹⁰

Kaufha

Januar 1924.

moralische Kräfte und öffentliche Meinung sollen alle der militärischen Streitkräfte trotzen; die Monroe-Doktrin soll aufrecht erhalten bleiben; die Vereinigten Staaten sollen keine Verpflichtung, die Versailler Vertrag enthält, übernehmen, wenn der Rat nicht zustimmt;

die Vereinigten Staaten sollen dem Vorschlag raten, Mitgliedschaft des Völkerbundes allen Völkern offen zu stellen;

die Vereinigten Staaten sollen sich bemühen, daß die soziale Rechtsprechung entwickelt werde, im Verfasser dieses Planes wurde die Hälfte der ausgewählten Summe von 50 000 Dollar eingeschrieben. Die Hälfte wird ihm bewilligt werden, wenn eine öffentliche Abstimmung seine Vorschläge billigt. Diese öffentliche Abstimmung wird durch Tageszeitungen und Wochenschriften bekannt werden, ferner durch den amerikanischen Erzbischof, der die 700 000 Studenten, die seine Mitglieder abstimmen lassen wird. Ferner werden die 12 000 vereinte abstimmen, der Central Labour Council in Boston, die Handelskammern, Buchhandlungen, Verschafferschaften usw. Der Name des Verfassers dieses Vorschlags wird erst nach der Abstimmung bekannt gegeben.

Letzte Drahtnachrichten.

Bor einem neuen Angriff der Separatisten.

In, 9. Januar. Der Kölner Zeitung aufgezeigt nach Meldungen aus der Pfalz und in verschiedenen

Städten des Rheinlandes die Separatisten einen

Bruch vor.

er wieder: die Sozialdemokratie gegen den Ausnahme-

zustand.

Erst, 10. Januar. Laut Vorwärts beschloß der

d der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gestern,

die Regierung neuerdings die schleunige Beseitigung des

sozialen Ausnahmezustandes nahezulegen.

Die Antwortnote morgen?

Erst, 9. Januar. Wie Habas berichtet, wird die

Note an die deutsche Regierung dem deutschen Ge-

neraljäger jedenfalls am Freitag übergeben werden.

Antwortentwurf der belgischen Regierung auf die

Note vom 24. Dezember ist in Paris eingetroffen.

Väsche

erarbeitung

Bestreift, 1a Cöper 325

sen, grau, extra 200

Bestreifter 225

alität 0

se, geschlossen, 135 30 cm 135

grau-blau aus- 125

40 cm

Verschiedenes

Hosenträger f. Herren 145
1a. Gummi

Sockenhalter aus gutem Gummi 055

Herrenstrümpfen stark gestrickt 065

Herren-Taschentücher 030
verschiedene Farben

Wischtlücher, rot kariert 065
1a Halbleinen, fertig

Aue

nur Ernst-Papst-Strasse 31.

Apollo-Lichtspiele

Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstr. 17. — Fernr. 768.

Ab heute Donnerstag bis Sonntag, d. 10.—13. Jan.

„Die Bestie.“

Drama in 7 Akten nach dem gleichnamigen Roman
von Burton George.

Bilder aus dem Leben von Ansiedlern im Norden

Amerikas.

„Der Schatten des Lord Chilcot“

Drama in 5 Akten aus dem Leben eines Morphinisten,
einem Mitglied der englischen Gesellschaft.

Wochentags Anfang 6 und 1/2 Uhr.
Sonntag ab 5 Uhr nur für Erwachsene.

Rest. Stadtbrauerei, Aue.

Sonnabend, 12., Sonntag, 13. u. Montag, 14. Jan.

Auslachant eines hochleinen Bockbieres.

Freitag,
den 11. Januar

Schlachtfest mit Unlüg.

Mittag 12 Uhr Wellfleisch,

später das übliche.

Dortzu laden freundlichst ein

Ernst Göllner u. Frau.

Laden

zu vermieten bei bei läufiglicher
Übernahme der Einrichtung.

Angebote unter A.T. 101 an die Geschäftsst. d. Auer Tagebl.